

BürgerInnenbrief **Mitte**

21. Oktober 2008



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Kreuzfahrten statt Schwimmen? +++ HASPA vertrauen? +++ Hamburg abgehängt? +++ 40 Jahre weiter? +++

Kreuzfahrtschiffe statt Lehrschwimmbecken?



Immer gern gesehen? Queen Mary 2 in Hamburg

Queen Mary 2 zum Dritten

Es ist schon ein besonderes Erlebnis: die Begrüßung und Verabschiedung der Kreuzfahrtschiffe im Hamburger Hafen. Besonders die Queen Mary 2 lockt stets Zehntausende Zuschauer an die Elbe. Die Kreuzschiffe laufen auf ihren Transatlantik-Touren mehrmals im Jahr das Hamburg Cruise Center an.

Die Queen Mary 2 kommt im Oktober zu ihrem dritten Besuch im Jahr 2008. Sie läuft am Donnerstag, den 23. Oktober, kurz vor Mitternacht in Hamburg ein. Bei diesem Besuch wird sie nicht das Cruise Center in der Hafencity ansteuern, um neue Gäste in Empfang zu nehmen, sondern das Dock

Elbe 17. Dann wird es wieder eine schwierige Aufgabe für Lotsen, Schlepper und Kapitän, das Kreuzfahrtschiff der Superlative in das Dock zu navigieren. Dort werden Wartungsarbeiten durchgeführt.

Das Trockendock Elbe 17 ist eines der größten Trockendocks in Europa. Es wird überwiegend für Schiffsreparaturen eingesetzt, kann aber auch für Schiffsneubauten genutzt werden. Das Dock 17 liegt gegenüber den St. Pauli Landungsbrücken. Das Eindocken der Queen Mary 2 kann von dort gut beobachtet werden. Das Kreuzfahrtschiff wird voraussichtlich bis zum 13. November in Hamburg bleiben.

Sie werden sich fragen: Und was hat dies alles mit der Bürgerschaft zu tun?

Einiges: Bereits im Oktober 2007 hat die Bürgerschaft die Errichtung eines zweiten Kreuzfahrtterminals am Fischereihafen Altona beschlossen. Ziel ist es, die Potenziale des rasch wachsenden Marktes der Kreuzschifffahrt für Hamburg nutzbar zu machen und den Engpässen zu begegnen, die sich auf Grund der steigenden Nachfrage nach Schiffsanläufen am bisherigen Kreuzfahrtterminal am Grasbrook ergeben.

Durch die Aufwertung und Nutzung der ehemaligen Abfertigungsanlage für die Fährlinie nach England am Edgar-Engelhard-Kai sollte das sich abzeichnende gesamtwirtschaftliche Potenzial insbesondere in Tourismus, Gastronomie, Einzelhandel und Marketing ausgeschöpft werden. Zur Umsetzung des Vorhabens war geplant, das im Eigentum Dritter befindliche und im Wesentlichen als vermietete Bürofläche genutzte Bestandsgebäude für die Unterbringung der Terminalaktivitäten umzugestalten und die vorhandene Kaimauer an die zukünftige Nutzung anzupassen. Dabei ist von einem Investitionsbedarf von rd. 12,5 Mio. Euro ausgegangen worden.

Leider – so die übliche Erklärung des Senats – hat man sich bei den ursprünglichen Kostenschätzungen vertan. Ende September 2008 kommt eine Nachforderung an die Bürgerschaft: Das Gesamtvolumen für den Neubau eines Kreuzfahrtterminals soll nun 29,5 Mio. Euro betragen.

Kreuzschifffahrt ist populär, für Hamburg auch unbestreitbar ein Wirtschaftsfaktor. Aber kann man in einer angespannten Haushaltssituation solch einer Nachforderung von 17 Mio. Euro zustimmen? Der Senat – vertreten durch die Stadtentwicklungs- und Umweltsenatorin Anja Hajduk – meint: Die Zustimmung ist alternativlos.

Was sind die Argumente der Senatsvertreter? Es geht ihnen um nachhaltige stadtwirtschaftliche Effekte. Sie rechnen nach wie vor für die kommenden Jahre mit einem steigenden Passagieraufkommen der Kreuzschifffahrt für Hamburg. Die zu erwartenden Umsätze, die aus den Ausgaben von Kreuzfahrtpassagieren, Tagesausflüglern (die Hamburg besuchen, um die Kreuzfahrtschiffe zu sehen) und der Besatzungsmitglieder resultieren, kämen der Hamburger Wirtschaft zugute. Ausgehend von einer Prognose für die tourismuswirtschaftlichen Umsätze sei für das Jahr 2010 am Kreuzfahrtterminal 2 mit insgesamt 141 Anläufen und einer Passagierkapazität von 300.000 zu rechnen und ein Umsatz von mehr als 92 Mio. Euro zu erwarten. Bei bis zu 50 Anläufen davon jährlich am neuen Terminal würde sich ein Umsatz von rd. 33 Mio. Euro ergeben. Würde das neue Kreuzfahrtterminal nicht gebaut, müssten zahlreiche Schiffe, die Hamburg anlaufen wollen, abgewiesen werden. Dies würde dem weltweiten Ansehen Hamburgs nicht unerheblich schaden. Bedeutend sei auch der internationale Marketingeffekt für die Stadt.

Ich habe diesem Antrag auf Bewilligung von knapp 30 Millionen Euro für ein zweites Kreuzfahrtterminal nicht zugestimmt. Was sind die wichtigsten Argumente?

1. Die optimistischen Perspektiven über die Zukunftsperspektiven der Branche in den Jahren nach der globalen Finanzkrise und der weltwirtschaftlichen Rezession teile ich nicht.

2. Der Antrag auf zusätzliche Mittel ist – so mein Eindruck – fast der Normalfall. Es wird etwas mit geringem Etatansatz

beantragt, dann verweist der Senat auf besondere Umstände und die Investitionssumme schnell nach oben. Schließlich kann man ja keiner Investitionsruine zustimmen.

3. Die stadtwirtschaftlichen Effekte lassen sich genau so gut oder sogar besser mit anderen Investitionen oder Konsumausgaben erreichen. Die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in angemessen bezahlte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse stützen die Binnenkonjunktur in ganz anderer Weise und die Multiplikatoreffekte für die Einkommens- und Wirtschaftskreisläufe sind weitaus größer. Außerdem wäre dies ein wichtiger Beitrag zur Verminderung der sozialen Spaltung und der Verbesserung von öffentlichen und privatkapitalistischen Dienstleistungen in der Stadt.

4. Zugestimmt habe ich auch deshalb nicht, weil zur gleichen Zeit die Sanierung der Hamburger Lehrschwimmbecken auf der Tagesordnung stand. Der Senat ist hier ungleich knickriger.

Das Drama der Lehrschwimmbecken

Nachdem der CDU-Senat die Hamburger Lehrschwimmbecken aus Kostengründen schließen wollte, haben sich an verschiedenen Hamburger Standorten Vereine, Verbände und Schulinitiativen bemüht, die Lehrschwimmbecken auch ohne die Behördengelder weiter zu betreiben. Tatsächlich konnten die teilweise stark reparaturbedürftigen Becken bisher auch weiter genutzt werden.

Die Überlassung der Lehrschwimmbecken im Jahr 2006 an Vereine war allerdings eine Mogelpackung. Denn der alte Senat hatte im Haushaltsplan 2005/2006 für das Schulschwimmen eine Kürzung in Höhe von zwei Millionen Euro beschlossen und damit dessen Zukunft gefährdet. Es gab zwar eine Zwischenfinanzierung durch Bäderland. Mit Beginn der Herbstferien aber ist damit erst einmal Schluss: Dann gibt es keinen Schwimmunterricht mehr.

Der Senat drückt sich erneut vor seiner Verantwortung, an einer überzeugenden Lösung zu arbeiten. Er hat angeboten, eine Million Euro für die Sanierung aller Hamburger Becken bereitzustellen, allerdings nur, wenn im Gegenzug eine Turnhalle abgerissen und das Grundstück für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird. Die anderen Kosten für die Sanierung der Becken – ca. weitere 1,6 Mio. Euro – soll der Hamburger Sportbund bereitstellen. Der Senat schließt also eine Halle, um die Becken zu retten. Sporthalle für Schwimmbecken lautet seine kalte Lösung. Der Sport zahlt für das Desinteresse der verantwortlichen Kultursenatorin an einer schlüssigen Sportentwicklung.

Nimmt man beide Vorgänge zusammen – Kreuzfahrtterminal und Lehrschwimmbecken – dann wird deutlich: Hier stimmen die Proportionen im Umgang mit den öffentlichen Finanzen nicht. Deshalb: Ohne ordentliche Lehrschwimmbecken und Schwimmunterricht für Kinder und Jugendliche auch kein neues Kreuzfahrtterminal! Und: Ohne deutliche Veränderung in den politischen Kräfteverhältnissen wird es bei dieser Fehlentwicklung bleiben.

Sparer vertrauten der HASPA...



Der HASPA-Vorstand von 2007

Bei der Hamburger Sparkasse (HASPA) sind nach eigenen Angaben rund 4.000 Geldanleger von der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers betroffen. Die Hamburger Verbraucherzentrale schätzt, dass durch die Pleite der amerikanischen Bank rund 10.000 Hamburger ihre Anlagen verloren haben. Sie klärt Lehman-Geschädigte über ihre Rechte auf. Es geht auch um Schadensersatzansprüche gegen die HASPA wegen unzureichender Beratung.

Die HASPA hat durch den Verkauf von Lehman-Papieren ihren Ruf als eine in der Region verankerte Sparkasse enorm beschädigt. Statt den betroffenen SparerInnen Entschädigungen für Ihre Verluste anzubieten, spielt das Institut auf Zeit. Man habe ein Spezialistenteam eingesetzt und analysiere jeden einzelnen Fall.

Die Absicht ist überdeutlich: Betroffene sollen hingehalten werden. Denn aus der Absicht, die KundInnen beim Geltendmachen ihrer Ansprüche gegenüber der insolventen US-Bank zu unterstützen, kann wenig herauskommen. Die HASPA sollte die Vorwürfe ungenügender Beratung ernst nehmen und den Betroffenen eine Entschädigung anbieten.

Den Charakter einer Sparkasse hat die HASPA bereits seit längerem eingebüßt. Sie hat mit Unterstützung der Politik

und der Wirtschaft den Übergang in eine Aktiengesellschaft vollzogen. Die Beteiligten folgten dem bekannten Privatisierungs- und Deregulierungswahn, von dem sie nach Ausbruch der Finanzkrise nichts mehr wissen wollen.

Im Gegensatz zu privaten Banken ist bei Sparkassen im Allgemeinen die Erzielung von Gewinn nicht der Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Die Sparkassen entstanden meist im 19. Jahrhundert, um den ärmeren Bevölkerungsschichten eine sichere Möglichkeit zu eröffnen, Geld zur Risikovorsorge im Alter oder bei Krankheit zurückzulegen. Die Institute unterlagen daher strengen Geschäftsbeschränkungen, die nach und nach gelockert wurden. Am 16. Juni 2003, zum 176. Geburtstag, erfolgte die große Veränderung der HASPA. Der Bankbetrieb der Hamburger Sparkasse wurde in eine Aktiengesellschaft überführt und die Gesellschaft alten hamburgischen Rechts aufgelöst.

Die Zukunft der HASPA kann vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise nur in der Ausrichtung einer Sparkasse liegen: Mit Entschädigungszahlungen sollte die HASPA nicht nur einen Wechsel weg von der Sphäre der Finanzmärkte, sondern auch eine Rückkehr zu einer regional verankerten Spar- und Kreditbank einleiten.

Konkurs des Casino-Kapitalismus?

Die Finanzkrise hält an: Trotz der Bereitstellung von mehr als 500 Mrd. Euro zur Sicherung des Bankensystems durch die Bundesregierung sind viele Menschen verunsichert über die täglichen Hiobsbotschaften von den Finanz- und Kapitalmärkten. Das Finanzdebakel hat Ursachen und Folgen – auch für die Freie und Hansestadt Hamburg. Die gilt es zu verstehen, um Gegenstrategien entwickeln zu können. Zusammen mit dem VSA: Verlag lade ich daher ein zu einer weiteren Veranstaltung

»Konkurs des Casino-Kapitalismus?«

am Dienstag, den 28. Oktober, 19:00 Uhr, im Bürgerhaus Wandsbek, Wandsbeker Allee 53
22041 Hamburg (Nähe U-Bahn Wandsbek-Markt)

Ich möchte dort versuchen, die aktuelle Entwicklung aufzuhellen und die Thesen aus meinem gerade erschienenen Buch »Globale Finanzkrise« (96 Seiten; 9,80 €) vorzustellen. Ich freue mich auf zahlreiche Fragen und spannende Diskussionsbeiträge.



Sturm auf den Finanzmärkten: gibt es Auswege?



Mit einer Zeitschrift der sozialistischen Jugend in Österreich führte ich das folgende Gespräch.

Die momentane Regulierung der Gesamtwirtschaft und ihrer globalen Turbulenzen bezeichnest du als »Finanzmarktkapitalismus«. Was ist das Besondere an dieser neuen Phase und welche Widersprüche treten hier zum Vorschein?

Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts setzte sich in allen kapitalistischen Hauptländern ein spezifisches Produktionsmodell – die fordistisch-tayloristische Betriebsweise – durch. Die Entdeckung, dass durch eine Revolutionierung der technologisch-organisatorischen Basis der Produktion, durch Standardisierung des Produkts und eine neue Arbeits- und Lohnpolitik etc. eine neue Dimension der Märkte und der Nachfrage erschlossen werden kann, wurde in den folgenden Jahrzehnten so bestimmend, dass der Name des Auto-Unternehmers Ford zur Bezeichnung dieses zentralen Entwicklungsabschnittes des Kapitalismus im 20. Jahrhundert herangezogen wurde. Der Historiker Eric Hobsbawm schreibt zusammenfassend: »Ein großer Teil des Weltbooms war also Anpassung an alte amerikanische Trends und in den USA selbst die Weiterentwicklung dieser Trends. Henry Fords Massenproduktionsmodell wurde über alle Ozeane hinweg von den neuen Automobilindustrien kopiert, während die USA das Ford-Prinzip nunmehr auch auf neue Produkte ausweiteten, vom Hausbau bis zum Junk Food... Güter und Dienstleistungen, die zuvor nur Minderheiten zugänglich gewesen waren, wurden nun für den Massenmarkt produziert... Für den Durchschnittsbürger dieser Staaten war also mittlerweile ein Lebensstil möglich, den sich eine Generation zuvor allerhöchstens die Wohlhabendsten hatten leisten können.«

Diese Erfolgsgeschichte des »Nachkriegskapitalismus« unterstellt nationalstaatliche Maßnahmen zur sozialen Regulierung der Einkommensverhältnisse, der sozialen Sicherheit und öffentlicher Investitionen, der Sicherung expansiver

Lohnpolitik, und schließlich eine wirksame Regulation des internationalen Währungs- und Finanzsystems. Die europäische Variante des Kapitalismus kennzeichnet darüber hinaus eine spezifische Regulationsweise. Die Stärke der nationalen Organisationen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung sorgte dafür, dass sich die Sozialstaaten in West- und Nordeuropa – im Unterschied zu den USA und Japan – zu einem starken Stabilitätsfaktor des fordistischen Akkumulationsregimes durch gewerkschaftliche Verteilungspolitik, soziale Sicherungssysteme und keynesianische Nachfragepolitik entwickelten. Dabei bildeten sich unterschiedliche transnationale Entwicklungspfade heraus, die durch unterschiedliche Rollenzuweisungen (korporatistische Machtverhältnisse) oder einen asymmetrischen Klassenkompromiss geprägt waren.

Im Laufe der 1970er Jahre verliert die fordistisch-tayloristische Betriebsweise des gesellschaftlichen Gesamtkapitals an Gestaltungskraft, d.h. der charakteristische Zusammenhang von hoher Produktivitätsentwicklung, sozialstaatlicher Modifikation der Verteilungsverhältnisse und Entwicklung pluralistischer Lebensverhältnisse löst sich infolge eines Bündels von gesellschaftlichen Widersprüchen auf. Durch diesen Umbruch veränderten sich Arbeitsorganisation, die Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, aber auch die Akkumulationsstrukturen und die politisch bestimmten Regulationsformen.

Kern der Restrukturierung der Kapitalakkumulation ist die über die Liberalisierung des Kapitalverkehrs Ende der 1970er Jahre herausgebildete neue Qualität der Finanzmärkte. Seit Mitte der 1970er Jahre treten mehr und mehr Phänomene einer chronischen Überakkumulation in Erscheinung. Das enorm gewachsene Gewicht der Eigentums- und Vermögensbestände bricht sich über die Bewegung des Geldkapitals Bahn. In den Verteilungsverhältnisse registrieren wir schrittweise die Hegemonie der leistungslosen Einkommen (Zinsen).

Der Übergang zu weitgehend unregulierten Geld- und Kreditmärkten setzte eine beschleunigte Akkumulation des Finanzkapitals in Gang – allmählich bildet sich die finanzielle Globalisierung heraus. Diese Entwicklung unterstützt auch einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik zum Neoliberalismus: Mit Deregulierung, Privatisierung und einer Umverteilungspolitik zu Gunsten der Reichen wird die Dynamik des Finanzkapitals zusätzlich politisch gefördert. Der Rückschlag des neuen Finanzregimes und der Deregulierungspolitik auf den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess hat eine Reihe weiterer Entwicklungen ausgelöst und beschleunigt.

Die Vorherrschaft der Finanzmärkte setzt sich einzelwirtschaftlich in eine Hegemonie des »Shareholder value« um, was zu einem beschleunigten Umbau der Unternehmenslandschaft und zu einer Ausweitung der Finanztransaktionen führt. Innerhalb der Unternehmen verändert sich die Machtstruktur (corporate governance). Es geht darum, die Wertschöpfungskette kontinuierlich zu verschlanken, Quersubventionen zwischen Geschäftsfeldern drastisch einzuschränken, den Prozess der Marktreife von neuen Produkten zu verkürzen und Innovationen durch Zukauf von kleineren Unternehmen zu optimieren. Gemäß der Konzentration auf das Kerngeschäft erfolgt eine Neuorganisation der Unternehmensnetze. Die Hegemonie des »Shareholder value« führt zu einem beschleunigten Umbau der Unternehmenslandschaft bei Kapitalgesellschaften, einer Ausweitung der Finanztransaktionen und zu einer deutlichen Vergrößerung des Unternehmenswerts, was sich auch in Preissteigerungen bei den Aktien und Investmentpapieren niederschlägt.

Welche Ursachen können für die Einbrüche an den Börsen benannt werden und welche Auswirkungen hat diese Krise auf unser Leben?

Wir sind nicht einfach mit den Folgen von etwas größeren spekulativen Transaktionen konfrontiert. Vielmehr hat sich das Finanzsystem seit längerem von dem realen Verwertungsprozess des Kapitals entkoppelt. Vor dem Beginn des Crashes im Frühsommer 2007 war der Finanzüberbau, dieses artifizielle Kunstwerk über der globalen Realökonomie, etwa wertmäßig knapp viermal so groß. Wertpapiere kann man allerdings nicht essen. All diese Produkte haben einen harten Kern: Ihre Eigentümer haben einen Anspruch (in Form von Zinsen) auf die Ergebnisse der wirtschaftlichen Gesamtleistung. Die Formen des leistungslosen Einkommens hatten inzwischen ein deutlich höheres Anspruchsniveau auf die verteilbaren jährlichen Resultate der Realökonomie erreicht. Es war überfällig: Die Pyramide von Ansprüchen bricht vor unseren Augen zusammen. Die aktuellen Korrekturen an den Börsen laufen auf eine Redimensionierung oder Vernichtung von Eigentumstiteln (= Ansprüchen auf Teile des gesellschaftlichen Reichtums) hinaus. Die Ver- und Überschuldung der privaten Haushalte und des öffentlichen Sektors erfährt jetzt die überfällige bittere Korrektur.

Ja, die bürgerliche Gesellschaft in den USA hat über ihre Verhältnisse gelebt. Das zeigt sich an dem aufgehäuften Schuldenberg der privaten Haushalte, der unter dem wach-

senden Druck der Verteilungskonflikte nicht abgetragen werden kann. Dies zeigt sich weiter bei der öffentlichen Verschuldung (über 10 Bio. US-Dollar) und der extremen Abhängigkeit der USA vom Kapitalzufluss, um die vielfältigen Konsumansprüche aufrecht erhalten zu können. Mit der Einsicht, dass eine Reproportionierung von Produktion, Revenueverteilung und Konsum fällig ist, verbindet sich auch die Hoffnung, dass die Gier aus dem ökonomischen Leben verschwindet. Die krasse Schieflage in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen ist aber nicht auf Habgier bei den Kapital- und Vermögenseigentümern und ihres Hilfspersonals zurückzuführen. Wir haben es mit einer Entkoppelung der Logik »Lassen Sie Ihr Geld arbeiten« von dem eigentlichen gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess zu tun.

Wir sollten aber nicht nur auf die USA starren, zweifellos das Zentrum der Wirbelsturms über den Finanzmärkten. Auch in Irland, Großbritannien, Spanien und anderen europäischen Nachbarländern sind die Immobilienpreise auf Talfahrt. An der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems sind zudem die weiteren Folgen ablesbar: Die Vernichtung von Kredit- und Wertpapieren ist der Auftakt für einen realwirtschaftlichen Schrumpfungsprozess. Völlig aus dem Blickwinkel verloren haben die Regierungen die massive Abschwächung der Konjunktur. Wir sollten uns auf eine lange und schwere Rezession einstellen. Natürlich haben während des Booms einige viel verdient, unterm Strich macht die Krise alle zu Verlierern. Milliardenwerte sind vernichtet, und viele Menschen werden auch noch Jobs und Einkommen verlieren.

Von der Politik bekommen wir zu hören, dass nun rasches Handeln notwendig sei und deshalb die Macht der Finanzapparate unbedingt ausgebaut und riesige Geldsummen in die Finanzmärkte gepumpt werden müssen. Können die Krisenpakete der letzten Wochen überhaupt eine Stabilisierung herbeiführen oder stehen wir hier einem noch größeren Umverteilungsprogramm nach oben gegenüber, kurz bevor die nächste Blase platzt?

Mit solchen Auffangkonstruktionen lässt sich ein weitgehender Zusammenbruch verhindern, aber mehr nicht. Die eigentliche Herausforderung liegt darin, dass die schwere Kreditkrise der Auftakt zu einer harten Rezession ist. Diese langjährige Talfahrt könnte gemildert werden. Die Europäische Zentralbank muss die Zinsen senken. Gleichzeitig sollten die Regierungen daran gehen, die Banken zu prüfen und zu entscheiden, welche sie Bankrott gehen lassen und welche sie retten müssen. Wir brauchen ein System, in dem alle Finanzunternehmen ab einer bestimmten Größe den gleichen Vorschriften für das Vorhalten von Eigenkapital und das zulässige Ausmaß der Verschuldung sowie Berichtspflichten unterliegen. Und diese Regeln müssen verbindlich sein und keine neuen Ausnahmen zulassen. Einige Länder brauchen ein Moratorium für Hypothekenkredite. Schließlich müssen wir zügig ein umfangreiches Programm für öffentliche Investitionen auflegen. All dies muss begleitet werden von einer Neuordnung der Verteilungsverhältnisse, d.h. wir müssen zurück zu einer harten Besteuerung von Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

Selbst Neoliberale sprechen plötzlich von Verstaatlichung und Finanzmarktkontrollen und führen damit das Scheitern ihrer Wirtschaftspolitiken vor Augen. Wie können wir darauf reagieren? In deinem neuen Buch schlägst du vor, für eine neue politische Regulation und Demokratisierung der Finanzmärkte einzutreten. An welchen Punkten kann dieser Kurswechsel ansetzen?

Die linken oder sozialistischen Alternativen müssen von den nationalen Besonderheiten ausgehen. Beispielsweise konstatieren selbst Politiker des bürgerlichen Lagers, dass sich die »Berliner Republik« auch von der EU-Kommission in eine gesellschaftspolitische Sackgasse hat hineintreiben las-

sen. Die europäische Kommission wollte auch das System der Sparkassen und Volksbanken der Kapitalmarktfreiheit unterwerfen. Diese Zerschlagung konnte verhindert werden. Die BürgerInnen schichten bei uns ihre Spareinlagen in dieses System um.

Wir könnten dies befördern und – mit einigen begleitenden Maßnahmen – nicht nur für viele BürgerInnen eine wünschbare Sicherung ihrer Spareinlagen organisieren, sondern zugleich die Grundlage für eine Neuausrichtung eines Kreditsystems an den Erfordernissen der kleinen und mittleren Unternehmen sowie regionaler Wirtschafts- und Einkommenskreisläufe schaffen.

DB privatisiert, Hamburg abgehängt?



Zum kommenden Fahrplanwechsel im Dezember plant die Bahn die ersatzlose Streichung der direkten Nachtzugverbindungen von Hamburg nach Brüssel und Paris sowie eine empfindliche Reduzierung des Angebots nach Freiburg, Basel und Zürich. Dies geht aus Äußerungen von Bahnvertretern auf Betriebsversammlungen in Hamburg hervor.

Es gibt einen Zusammenhang mit den Börsenplänen der DB AG. »Wer Renditen von 16% will, muss Nischenprodukte plattmachen; wohin solche utopischen Renditeerwartungen führen, sehen wir gerade an den Finanzmärkten.« Die Einstel-

lung der Nachtverbindungen ist nur ein erster Schritt zu massiven Kürzungen im bundesweiten Fernverkehr: »Die Deutsche Bahn hat gerade mal 100 neue Triebzüge bestellt, um etwa 200 vorhandene Intercity-Garnituren zu ersetzen.«

Einher geht die Kürzung der Verbindungen auch mit verstärktem Druck auf die Beschäftigten der Nacht- und Autozugsparte der Deutschen Bahn AG. Ihnen wurde der Entwurf eines Tarifvertrags vorgelegt, der bei maximaler Flexibilisierung der Arbeitszeit auch noch Lohnkürzungen von bis zu 20% vorsieht.

Rundgänge angelaufen



Boomtown St. Pauli? Rundgang mit Steffen Jörg und Martin Spruit

»Die Linke läuft mit«, der Titel der Veranstaltungsreihe der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN, hat für Irritation, aber auch häufig für Schmunzeln gesorgt. Inzwischen sind fünf Rundgänge in Wilhelmsburg, Rothenburgsort, St. Pauli, der Innenstadt und der Hafencity durchgeführt worden. Die Beteiligung ist steigerungsfähig, deshalb möchten wir an dieser Stelle noch einmal dafür werben, sich gemeinsam mit sachkundigen FührerInnen und Abgeordneten der LINKEN auf die Pfade durch den Großstadtdschungel zu begeben.

Um Wilhelmsburg Nord/West geht es beim Rundgang »Umstürzende Häuser: Eventflächen und Containerkloppen«, der am Freitag, den 24. Oktober, von Jörg von Prondzinski geleitet und von Joachim Bischoff begleitet wird. Gestartet wird um 17 Uhr an der Haltestelle Stübenplatz (mit der Metrobuslinie 13 ab S-Bahn Veddel).

Am Mittwoch, den 29. Oktober, hält Ottensen Hof. Um 18 Uhr wird Brigitte Abramowski durch das alte Arbeiterquartier führen, das in den vergangenen Jahren einen heftigen Strukturwandel erfahren hat. Von der Bürgerschaftsfraktion ist Dora Heyenn dabei. Startpunkt ist der Altonaer Bahnhof, am Ausgang Ottenser Hauptstraße.

Die »Bille-Idylle mit Hindernissen« – in diesem Fall Hamm – gilt es am Freitag, den 31. Oktober, unter Führung von Ingo Böttcher zu erkunden. Gestartet wird um 16.30 Uhr vor dem Abgeordnetenbüro der LINKEN in der Borgfelder Straße 83, wo Norbert Hackbusch die Beteiligten begrüßt.

Und wer sich mit der »Perlenkette um die Alster«, d.h. mit dem noch nicht genug glänzenden Glied St. Georg, beschäftigen möchte, ist am Freitag, den 7. November, willkommen. Michael Joho wird dann, zusammen mit Christiane Schneider, in die Stadtplanung und Spekulation im Hauptbahnhofviertel einführen. Treffpunkt ist um 16.30 Uhr der Spadenteich, direkt vor der Kneipe »Max & Consorten«.

Den Abschlusspunkt dieser Rundgangssaison setzt am Dienstag, den 18. November um 18 Uhr ab S-Bahnhof Sternschanze (vor dem Eingang) Andreas Blechschmidt. Er wird, begleitet von Kersten Artus, erläutern und zeigen, wie sich im Schanzenviertel die Entwicklung »Vom Kokain zum Koffein« vollzogen hat.

DIE LINKE läuft mit

Stadtteil-Rundgänge:
Bürgerschafts-
abgeordnete gehen in
die Quartiere und
ans Eingemachte

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft



Kurzer Frühling: 40 Jahre weiter!?

Es ist schon lange her, und dennoch haben die damaligen Ereignisse ihre Spuren hinterlassen. Es geht um die bewegten Zeiten 1967/68, die ich als Student im »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« (SDS) in Westberlin miterlebte. Ich erinnere mich noch gut daran, wie unsere Marx- und Kapitalkurse ab einem bestimmten Zeitpunkt geradezu überrannt wurden.

Wenn auch die Medien den nunmehr 40 Jahre zurück liegenden Ereignissen Beachtung geschenkt haben und so manche Neuerscheinung die damaligen Ziele der »68er-Bewegung« verrissen hat, ist doch erstaunlich, dass in Hamburg relativ wenige Veranstaltungen dazu stattgefunden haben. Um so bemerkenswerter ist eine Veranstaltungsreihe, die unter dem Titel »1968: Kurzer Frühling – lange Wirkung« und der Ägide der St. Georger Geschichtswerkstatt von Ende Oktober 2008 bis Mai 2009 laufen wird. Höhepunkt der zwölf Einzelveranstaltungen werden in der nächsten Zeit sicherlich die beiden Darbietungen des Stadtteilchores »Drachengold« sein;



am 28./29. November (um 20 Uhr) gibt er seine Revue »Die ganze Erde uns« im Metropolis-Kino am Steindamm 54.

In Kooperation mit der Geschichtswerkstatt hat das Metropolis vom 30. Oktober bis zum 4. November einen besonderen 68er-Programmakkzent gesetzt. An diesen Tagen gibt es markante Streifen wie »Die Kinder von Marx und Coca-Cola« (am 30.10. um 21.15 Uhr und am 31.10. um 17 Uhr) und »Blutige Erd-

beeren« (31.10./21.15 Uhr; 1.11./17 Uhr) (wieder) zu sehen. Richtig spannend wird es zudem, wenn Filmschaffende von damals in Erscheinung treten, wie z.B. Horst Königstein und Helmut Herbst. Zu Gast sind auch Zeitzeugen wie Günter Amendt (»Sexfront«) und Uwe Timm (»Heißer Sommer«).

Das Gesamtprogramm kann im Internet unter www.gw-stgeorg.de bzw. www.metropoliskino.de eingesehen werden. In vielen Geschäften im Hauptbahnhofviertel liegt das Veranstaltungsverzeichnis auch in gedruckter Form aus.

Öffentlich Private Partnerschaften

Ich habe gemeinsam mit Ute Furtkamp und Bernhard Müller für die Fraktion der LINKEN in der Hamburgischen Bürgerschaft eine Broschüre zu den Erfahrungen von Öffentlich Privaten Partnerschaften in Großbritannien, Offenbach, vor allem aber des ÖPP-Pilotprojektes »Hamburg Süd«, bei dem 32 Schulen »saniert« werden sollen, erstellt. Die Erfahrungen sind ernüchternd: Die Auslieferung von öffentlichen



Aufgaben an privatwirtschaftliche geführte Unternehmen, auch wenn sie sich wie in Hamburg in öffentlichen Besitz befinden, bringt keineswegs die in Aussicht gestellten Einsparungen und Verbesserungen, das glatte Gegenteil ist der Fall: Öffentlich Private Partnerschaft ist keine besonders intelligente Form der Privatisierung, wie der Hamburger Senat Glauben machen möchte, sondern deren Fortsetzung mit untauglichen Mitteln.

Die Broschüre kann bei der Geschäftsstelle der Fraktion in der Bürgerschaft oder im BürgerInnenbüro der LINKEN in Borgfelde (Anschrift siehe unten) kostenlos bezogen werden.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an – zum Beispiel während meiner **Sprechstunde donnerstags von 16:00 bis 18:00 Uhr im BürgerInnenbüro der LINKEN in der Borgfelder Straße 83** –, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.